

Vom säkularen Nationalismus zur Staatsreligion

Islam und Verfassung in Bangladesch

Patrizia Heidegger

„Der ursprüngliche, säkulare Charakter der Verfassung von 1972 wird wieder hergestellt!“, jubeln diejenigen, die in Bangladesch keinen islamischen Staat sehen. „Warum sollte Bangladesch ein säkularer Staat sein? Dann können wir gleich ein Teil von Hindustan werden! Bangladesch ist als Heimatland für die Muslime von Indien abgetrennt worden!“ schreibt ein Blogger stellvertretend für viele andere. Nach einer weitreichenden Entscheidung des *Supreme Courts* Anfang des Jahres ist die Diskussion um den säkularen Charakter der Verfassung und die Rolle des Islam in Bangladesch wieder voll entbrannt.

Der Oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung aus dem Jahr 2005, dass die fünfte Verfassungsänderung – das umstrittene *fifth amendment* – ungesetzlich und nicht verfassungskonform ist. Durch das *fifth amendment* legitimierte das Parlament im Jahre 1979 rückwirkend alle Änderungen an der Verfassung, die durch die Militärregierungen ab August 1975 vorgenommen worden waren.

Eine diese Änderungen umfasst die Einfügung der „Bismillah“ („Im Namen des barmherzigen und gnädigen

Gottes“) vor die Präambel der Verfassung. Aus dem Artikel über die Verfassungsprinzipien und aus der Präambel wurde das Wort „Säkularismus“ gestrichen und eingefügt: „Das absolute Vertrauen und der absolute Glaube an Allah den Allmächtigen soll die Grundlage all unseres Tuns sein“. Auch das Verbot, Mitglied einer Organisation zu sein, die den Religionskonflikt schürt, oder Parteien zu gründen, die auf Grundlage von Religionszugehörigkeit agieren, wurde aufgehoben. Ob der säkulare Charakter der Verfassung von 1972 nun nach der jüngsten

Entscheidung des Obersten Gerichts wieder hergestellt werden wird, und welche Folgen das Urteil für die Rolle des Islams in der Politik hat, wird derzeit heftig debattiert.

Der bengalische Kulturnationalismus

Die Entstehung der originären Verfassung von Bangladesch ist vor dem geschichtlichen Hintergrund der Unabhängigkeitsbewegung zu sehen: In den 25 Jahren unter pakistanischer Herrschaft fühlten sich viele Menschen im damaligen Ostpakistan wirtschaftlich, politisch und kulturell benachteiligt. Von Anfang an lag das politische Machtzentrum im Westteil, dem heutigen Pakistan. Öffentliche Gelder dienten vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung Westpakistans oder finanzierten die Kriege (West-)Pakistans. Im Beamten- und Militärdienst hatten die Bengalen wenig Aufstiegsmöglichkeiten. Schon kurz nach der Gründung Pakistans 1947 brachten pakistanische Politiker klar zum Ausdruck, dass Urdu die Landessprache Pakistans war – eine Sprache, die im heutigen Bangladesch kaum jemand beherrscht. Nachdem die pakistanische Führung 1952 vorschlug, Bengalisch solle statt mit dem

Patrizia Heidegger



Shaheed Minar, das Denkmal fuer den Freiheitskampf der Bangladeschis.

eigenen Alphabet in arabischen Buchstaben geschrieben werden, formierte sich das language movement für die bengalische Muttersprache. Die Aktivisten, welche die pakistanische Armee während der Demonstrationen erschoss, wurden zu Märtyrern der Unabhängigkeitsbewegung, ihr Mahnmal, das Shahid Minar, bis heute zum Symbol der Nation Bangladesch.

Die Unabhängigkeitsbewegung propagierte in Abgrenzung zum islamischen, alleinig auf Religion gegründeten Nationalismus Pakistans einen säkularen Kulturnationalismus: Verbindendes Element der Nation war die gemeinsame Sprache. Die pakistanische Führung versuchte, die bengalische Kultur zu unterdrücken, sie als unislamisch und vom Hinduismus beeinflusst zu diskreditieren. So gehörte es im Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung zur Strategie der pakistanischen Armee nicht nur Freiheitskämpfer, sondern ganz gezielt Intellektuelle, Künstler, Wissenschaftler – viele von ihnen Hindus – zu ermorden.

Säkularismus als Verfassungsprinzip

Die *Awami League* (AL), später Partei der Unabhängigkeit, wurde in klarer Abgrenzung zur herrschenden

Muslim League gegründet. Der neuen Partei ging es um eine pluralistische und säkulare Demokratie nach westlichem Vorbild. Nachdem die AL und ihre Verbündeten 1970 die gesamt-pakistanischen Wahlen gewonnen hatte, forderte ihr Anführer Sheikh Mujibur Rahman, später erster Präsident des Landes, den Machtwechsel und mehr Demokratie. Als der pakistanische Präsident Yahya Khan die Zusammenkunft des Parlaments blockierte, regte sich Widerstand im Osten. In den folgenden Monaten des Unabhängigkeitskriegs von 1971 ging die pakistanische Armee mit großer Brutalität gegen die Freiheitskämpfer, religiöse Minderheiten, Intellektuelle und Zivilisten vor.

Geprägt durch diese Erfahrungen machte sich die verfassungsgebende Versammlung unter Führung von Dr. Kamal Hossein an die Ausarbeitung der *Constitution of Bangladesh*. Der Versammlung gehörten alle Parteien außer den Fundamentalisten sowie sieben unabhängige Juristen an. Es herrschte die Überzeugung, dass ein religiös geprägter Nationalismus wie der pakistanische nicht der richtige Weg war. Die Verfassung sollte der Demokratie und dem Säkularismus verpflichtet sein. Das Parlament verabschiedete die Verfassung des jungen Staates am 4. November 1972. Sie trat

am 16. Dezember, dem Tag, an dem die pakistanische Armee ein Jahr zuvor ihre Niederlage erklärt hatte, in Kraft.

Die vier zentralen Verfassungsprinzipien lauteten: Nationalismus, Säkularismus, Demokratie und Sozialismus. Die Verfassung bekennt sich auch klar zur Rechtstaatlichkeit, zu den Grundrechten, zu Gleichheit und Gerechtigkeit. Rechtswissenschaftlern aus der ganzen Welt lobten die Verfassung: Sie galt als besonders fortschrittlich und demokratisch und als Vorbild für andere junge Staaten der Dritten Welt.

Auch die Symbolik des jungen Staates sprach – in Abgrenzung zur islamischen Symbolsprache Pakistans – eine säkulare Sprache: Der Verfasser der Nationalhymne, Rabindranath Tagore, war Hindu aus dem indischen Kalkutta. Auch das Nationalembem, die Seerose mit Jute und Reisähren, sowie die Flagge, deren Grün nicht auf den Islam, sondern auf die grünen Felder des Landes verweist, lassen eine religiöse Symbolik missen.

Der Islam wird Staatsreligion

Von Anfang an taten sich die Regierenden in Bangladesch jedoch schwer, das Ideal eines säkularen, kulturell geprägten Nationalismus hochzuhalten, und die islamischen Kräfte in Schach zu halten. Der ersten Regierung, geführt von der *Awami League*, gelang es nicht, die Kollaborateure der Kriegsverbrechen von 1971 – meist Anhänger islamistischer Gruppierungen und Milizen – zur Rechenschaft zu ziehen. Nach der Ermordung des Staatsgründers Sheikh Mujibur Rahman am 15. August 1975 ist der ursprünglich liberaldemokratische und säkulare Geist der Verfassung schließlich durch zahlreiche Verfassungsänderungen unterlaufen worden. Präsident Ziaur Rahman verabschiedete sich von Mujibs Idealen: Um mehr Unterstützung aus konservativ-muslimischen Kreisen zu bekommen, holte er den Islam zu-

Moritz Marbach





Die Verfassungsänderungen unter General Ziaur Rahman erlaubten wieder politische Aktivitäten im Namen des Islam.

rück auf die politische Bühne und in die Verfassung. Er verordnete per Dekret, wie Eingangs beschrieben, das Prinzip des Säkularismus aus der Verfassung zu streichen. Auch in seinen Reden stellte sich Zia gegen den bengalischen Nationalismus Mujibs und unterstrich die Rolle des Islam für die Identität Bangladesch. Mit der von ihm gegründeten *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) stellte er sich ideologisch gegen die säkulare AL.

Darüber hinaus ließ der Präsident die fundamentalistische Partei *Jamaat-e-Islami*, die Mujib verboten hatte, wieder in die Politik zurückkehren. Zahlreichen Mitgliedern der Jamaat wird bis heute vorgeworfen, an den Kriegsverbrechen der pakistanischen Armee beteiligt gewesen zu sein. Die Hindus als größte Minderheit, aber auch ethnische Minderheiten wie die Santal, Garo oder Chakma fühlten sich von Zias politischen Islam verunsichert.

Der nach der Ermordung Zias aufstrebende Militärdiktator General Ershad macht den Islam im Jahr 1988 per Verfassungsänderung dann zur Staatsreligion. Zwar wurde im Grundrechtskatalog das Diskriminierungsverbot auf Grundlage von Religion sowie die Religionsfreiheit aufrecht erhalten, doch die Symbolwirkung

war enorm: Säkular eingestellte Muslime, Hindus und andere religiöse Minderheiten beschlich das Gefühl, dass sich Bangladesch mehr und mehr zu einem islamischen Staat entwickelte. Auch wenn sich die Situation unter der Regierungszeit der *Awami League* nach Ende der Diktatur in den 90ern etwas entspannte, etablierten sich fundamentalistische Parteien, aber auch terroristische Gruppierungen in der politischen Landschaft Bangladeschs. Unter der von der BNP geführten Regierung zwischen 2001 und 2006 bekleidete die Jamaat als Koalitionspartner sogar zwei Ministerien.

Grundsatzentscheidung des High Court

Im August 2005 entschied der *High Court*, dass Verfassungsänderung aus der Zeit der Militärregierungen zwischen 1975 und 1979 nicht gesetzes- und verfassungskonform sind. Nach weiteren Rechtsstreitigkeiten traf der Obersten Gerichtshof nun dieses Jahr wie eingangs beschrieben seine

folgenreiche Entscheidung. Der Justizminister bezeichnete sie als Meilenstein der Rechtsstaatlichkeit. Die Entscheidung ermögliche eine demokratische und nicht von Religionskonflikten geprägte Gesellschaft. Der *Supreme Court* habe den Geist des Unabhängigkeitskrieges und die vier Prinzipien der Verfassung von 1972 wieder hergestellt. Die Verfassungsänderungen, die den säkularen Charakter unterlaufen hatten, sollen nur rückgängig gemacht werden.

Trotz der Entscheidung des *Supreme Court* bleibt der Islam Staatsreligion von Bangladesch. Die Erwähnung des Islam in der Verfassung sei Ausdruck der Gläubigkeit der Menschen, so Premierministerin Sheikh Hasina. Die *Awami League* hat sich weit vom säkularen Nationalismus der Unabhängigkeitsbewegung entfernt: Sie will sich die religiösen Gefühle der Menschen zu eigen machen. Den Islam als Staatsreligion wieder aus der Verfassung zu streichen, wird sie nicht wagen.

Die Zeitschrift zu Bangladesch

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
বাংলাদেশ

NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ

Moritz-Hensoldt-Str. 20

35576 Wetzlar

zeitschrift@bangladesch.org